

Artikel vom 01.08.2017

CSU-Gespräch über Gesundheitspolitik

CSU-Gespräch über Gesundheitspolitik



Die gesundheitspolitische Gesprächsrunde im Sissi-Zimmer des Bayerischen Hofes mit MdL Bernhard Seidenath (dritter v.r.), MdL Ute Eiling-Hütig, Michael Kießling und den Ärzten und GPA-Mitgliedern

Die CSU-Kreisvorsitzende Stefanie von Winning und die Starnberger Landtagsabgeordnete und Mitglied des Ausschusses „Gesundheit und Pflege“ der CSU-Landtagsfraktion Dr. Ute Eiling-Hütig hatten zu einem Fachgespräch mit dem Sprecher des genannten Landtagsausschusses Bernhard Seidenath in den Bayerischen Hof in Starnberg eingeladen. Mit von der Partie waren Mitglieder des gesundheitspolitischen Ausschusses der Kreis-CSU (GPA), Ärzte verschiedener Fachrichtungen, Vertreter weiterer Gesundheitsdienste und der Starnberger Bundestagskandidat Michael Kießling. Zur Lösung der angesprochenen bekannten Probleme der mangelnden Hausärzte in ländlichen Gebieten, dem Mangel an Fachkräften in der Kinder- Kranken- und Altenpflege, der Krankenhaus-Finanzierungen und der von den Ärzten beklagten Bürokratisierung führte Bernhard Seidenath die vom Landtag beschlossenen und der CSU-Fraktion geplanten Maßnahmen aus. Für den Ärztenachwuchs sind geplant: eine monatliche Unterstützung von € 500 von Medizinstudenten, die eine ländliche Hausarztpraxis übernehmen, eine Förderung zur Hausarztpraxis-Einrichtung von € 70.000, eine geänderte Studienzulassung mit Berücksichtigung von sozialen und kommunalen Diensten. Aufgrund unserer Sozial- und Altersstruktur müsste jeder 3. Schulabgänger einen Pflegeberuf ergreifen. Um das nur anzunähern, soll schon in den Schulen das Interesse für den Dienst am Mitmenschen geweckt werden, eine für alle Pflegearten gemeinsame Basisausbildung eingeführt werden, die Ausübungsdauer des Berufes, die z.Zt. im Mittel nur 7 Jahre beträgt, verbessert werden und die Bezahlung verbessert werden. Die Einführung eines „Bürgerjahres“ oder „Sozialen Jahres“ für alle, wie es die Wehrpflicht für junge Männer war, wäre sehr sinnvoll, ist aber

z.Zt. wegen der notwendigen Grundgesetzänderung und der fehlenden Zustimmung anderer Parteien nicht möglich. Durch die Krankenhausfinanzierung schreiben heute bereits 50 % der Kliniken schwarze Zahlen. Der Staat erhöht seine jährliche Hilfe bei den Investitionskosten von € 500 Mio. auf 650 Mio. Dazu gibt es ein Pflegestellen-Förderprogramm und die Unterstützung von Gemeinschaftspraxen in der Nähe der Krankenhäuser. Eine große Chance zur Erforschung und Bekämpfung noch wenig bekannter Krankheiten, wie z.B. der Demenz, bietet die digitale Erfassung der Vorgeschichte und des Verlaufs der Krankheit an vielen Patienten und die Findung der Zusammenhänge per Computer. Dafür sind Test- und Studienprogrammen geplant. Eine große Klage über die enorme Bürokratisierung, verbunden mit der Digitalisierung bringen die Ärzte mit Beispielen von 47 Formularen für die Dokumentierung von Facharzt-Fällen oder mit dafür notwendigen mehreren Bürokräften in einer Zahnarztpraxis vor. Die ursprüngliche Einführung einer gewissen Bürokratisierung mit z.B. einheitlichen Fall-Pauschalen hatte den Sinn einer Kostendämpfung, um Krankenversicherungsbeiträge nicht unbezahlbar hoch werden zu lassen. Dass eine übertriebene Bürokratisierung kontraproduktiv zur ursprünglichen Absicht ist, und unnötige Kosten verursacht, nahmen die Landtagspolitiker mit in ihre Ausschussarbeit.